

**Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und
Menschenwürde e.V.** - Zentraler Arbeitskreis Frieden
Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Nr. 127



**Eröffnung der 21. Wanderausstellung
zum Palast der Republik**

„Der Palast lebt – TROTZ ALLEDDEM“

Dem Erbe verpflichtet - Erinnerung pflegen
Die Wahrheit erkennen - Symbolik gestalten

Gegen Geschichtsentsorgung und Verfälschung

Die 21. Wanderausstellung, ein Gemeinschaftsprojekt des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V., der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. und des Freundeskreises „Palast der Republik“ wurde am 11. Oktober mit einer sehr gut besuchten Vernissage eröffnet.

Diese Ausstellung in den Räumen der GBM, Berlin - Lichtenberg, Weitlingstr. 89 ist mit 67 Ausstellungstafeln, aktuellen Dokumentationen und Sachzeugnissen die bisher größte Ausstellung des Freundeskreises.

Zur Eröffnung sprach:

Dr. Gesine Löttsch, MdB, Fraktion Die Linke

Ich bedanke mich herzlich für die Einladung, zur Eröffnung dieser verdienstvollen Ausstellung zu sprechen.

Die über 20-jährige Auseinandersetzung mit der Palastvernichtung – so steht in der Einladung – ist eine große Leistung. Wie viel Ausdauer gehört dazu, wie viel Zusammenhalt, wie viel immer neu Beginnen.

Wir brauchen noch mehr solche verdienstvollen Vereine.

Nachfolgende Generationen werden wissen wollen, wie Polikliniken, Ferienlager, Hochwasserschutz, Wohnungsbauprogramme in der DDR funktioniert haben.

Ich wohne seit 20 Jahren, seit 1993, im Wohngebiet Frankfurter Allee Süd. – Bei einem Vortrag anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Wohngebietes erfuhr ich: Auch am dunkelsten, das heißt am kürzesten Tag des Jahres musste die Sonne jedes Zimmer eine Stunde erreichen können. Das war das Kriterium für den Abstand der Gebäude voneinander! Das hat mich tief beeindruckt.

Enge Hinterhöfe sollten für immer der Vergangenheit angehören. Wenn ich mich – auch hier in den angrenzenden Straßen – umschaue, werde wieder Hinterhäuser gebaut. Ich frage mich,

wer so etwas genehmigt. Und die Mieten werden trotzdem für viele unbezahlbar sein.

Die Herrschenden in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wollen, dass von der DDR nur Stacheldraht und Mauer bleibt. Die Begriffe DDR und Unrechtsstaat sollen Synonyme sein, zwei Wörter mit gleicher Bedeutung also.

Ich habe bereits vor vielen Jahren den wissenschaftlichen Dienst des Bundestages gefragt, was ein Unrechtsstaat sei. Die Antwort: ein Kampfbegriff .

In der wissenschaftlichen Literatur gibt es diesen Begriff nicht.

Den damaligen Außenminister Steinmeier fragte ich, welcher Staat aus Sicht des Außenamtes ein Unrechtsstaat sei. Er konnte mir keinen Staat nennen.

Wir werden uns mit solchen ideologischen Kampfbegriffen nie abfinden.

Natürlich – es ist eigentlich überflüssig zu sagen – wissen viele hier im Raum sehr genau, was in der DDR hätte anders, besser sein müssen und ringen seit Jahren mit der Frage, was sie selbst zu einer Verbesserung hätten beitragen können oder müssen.

Selbst Geschichte schreiben

Auf einer antifaschistischen Studien-Reise mit Jugendlichen nach Italien lernte ich von ehemaligen Partisanen, dass sie die Geschichtsschreibung nicht den Herrschenden überlassen hatten. Nach dem Krieg gründeten die Partisanen-organisationen ein eigenes Geschichtsinstitut. So etwas brauchen wir auch in diesem Land.

Unsere Kinder und Enkel werden sich hoffentlich nicht mit der verordneten Geschichtsschreibung abfinden. Doch dafür müssen wir selbst etwas tun. Ihr habt etwas getan. Dafür möchte ich mich bedanken. Ihr schreibt mit eurer Ausstellung Geschichte!

Ich kann mich noch gut erinnern, wie junge Architekten aus dem Westen für den Erhalt des Palastes der Republik kämpften.

Sie waren begeistert von der Architektur und den Möglichkeiten, die dieses Haus bot. Der Verein „Zwischennutzung“ entstand. Der Bundestag war wieder einmal aufgeschreckt.

In einer FAZ vom 5. Juli 2003 ist nachzulesen, dass Vera Lengsfeld, früher Bündnis90/Grüne, zu diesem Zeitpunkt bereits CDU, in scharfen Worten „verwunschene Palast-Nostalgie“ geißelte.

Im August 2004 wurde der Palast – bzw. die Palastruine wieder eröffnet.

Günter Nooke, früher Bündnis90/Grüne, damals auch bereits CDU, rief nach dem Bundesrechnungshof. Zwischen nackten Palast-Stahlträgern forderte die Bolschewistische Kurkapelle Schwarz Rot „Keine Macht für niemand“. Anschließend heulte die Kurkapelle sogar einen „Junimond“ an. Der Journalist Ulf Kalkreuth brachte die Stimmung auf den Punkt: „Es steht die Frage im Raum: *Ist der Palast der Republik unkaputtbar?*“

Wie die Situation heute ist, wissen wir.

Doch es ging CDU, SPD und Grünen nicht um die Architektur. Es wurde nicht nur ein Gebäude abgerissen.

Es wurde ein Haus des Volkes zerstört.

Das war ein Statement: Kein Haus des Volkes in der Hauptstadt Deutschlands. Die Herrschenden wollten ein Schloss in der Mitte der Hauptstadt.

Das ist eine besondere Form der Nostalgie. Es ist eine politische Grundaussage.

Das Konzept, in einem Haus Abgeordnete und Bürger beraten, feiern, essen und Kunst genießen zu lassen, war und ist revolutionär. Das wäre im Bundestag undenkbar. Der ist kein Haus des Volkes. Das Volk darf zwar den Bundestag besuchen und als Zaungast dem Politikbetrieb verfolgen, aber es darf den Bundestag nicht in Anspruch nehmen.

Die dauernde Angst vor Terrorismus führt zu einer zunehmenden Abschottung des Parlaments vor dem eigenen Volk. Das ist nicht nur sehr bedenklich, sondern untergräbt die Demokratie.

Solidarisch geht's besser

Nein, man will keine gemeinsamen Häuser. Keine Häuser des Volkes.

Im Gegenteil, wir erleben jeden Tag, dass die Gesellschaft in allen Bereichen mit perfiden Mittel auseinander dividiert und vereinzelt wird.

PISA hat es wieder gezeigt: In keinem anderen OECD-Land ist die Bildung unserer Kinder so von der sozialen Herkunft abhängig. Und aus Kindern werden Leute.

Vorgestern ging die Meldung durch die Medien, dass erschreckend viele Erwachsene in Deutschland nur auf dem Niveau von Grundschulern rechnen und lesen können. Gut jeder sechste Erwachsene kommt nicht über das Niveau eines Zehnjährigen hinaus und kann maximal kurze Texte mit einfachen Wörtern lesen und aus diesem Text zentrale Informationen herausfiltern. Man kann es auch zugespitzt formulieren: Ein Volk wird verdummt. Und das hat dramatische Auswirkungen auf unsere Gesellschaft.

Unser Gesundheitssystem, unser Rentensystem, unsere Arbeitslosenversicherung waren einmal solidarisch konzipiert.

Wir erleben, wie jeden Tag uns ein Stück Solidarität genommen wird.

Im Wahlkampf war mein Wahlspruch: Solidarisch geht's besser. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir in der tagtäglichen Auseinandersetzung mit den Herrschenden Solidarität leben und zurückerobern können.

DIE LINKE wird auf jeden Fall den Freundeskreis weiter solidarisch unterstützen.

Die Idee, die Dauerausstellung im Humboldtforum mit zu gestalten, finde ich überzeugend und gut. Auch da werden wir im Parlament dran bleiben.

Ich wünsche der 21. Wanderausstellung viel Erfolg und viele Besucherinnen und Besucher.

Auszüge aus Informationen des Freundeskreises Palast der Republik
<http://www.palastschaustelle.eu>

Vor nunmehr ca. 23 Jahren wurde der Palast der Republik unter recht fragwürdigen Umständen geschlossen und anschließend in mehreren Etappen vernichtet.

Die Akteure in der damaligen de Maiziere - Regierung der DDR und ihre bundesrepublikanischen Berater schweigen dazu ebenso wie die damals zuständigen Politiker in Regierungsverantwortung - bis heute.

Sie haben seither eine Spur von Ungereimtheiten, Widersprüchen, Unterlassungen, falschen Behauptungen, mangelnder Sachkenntnis, geprägt von Klischees, Missachtung demokratischer Prinzipien und mehrheitlicher Bürgermeinungen bei der Verabschiedung und Durchsetzung der Abrissbeschlüsse hinterlassen.

Die Grundlagen für die entsprechenden Bundestagsbeschlüsse sind politisch unseriös und fragwürdig.

Dazu zählen u. a. folgende Fakten:

- Die eigentliche Begründung für die Schließung des Palastes, das sogenannte „Asbestargument“ ist aus heutiger Sicht nur als der Beginn einer langfristig angelegten und politisch gewollten Vernichtungsstrategie zu sehen.
- Die Hintergründe für die Auftragsvergabe zum sogenannten „Asbestgutachten“ sind trotz entsprechender Anfragen weder sichtbar noch offengelegt.
- Kostengünstige Sanierungsmöglichkeiten und - Angebote zum Palasterhalt wurden vom Bundestag bewusst nicht zur Kenntnis genommen bzw. berücksichtigt.
- Die Schließung des Hauses erfolgte ursprünglich nur deshalb, um es nach einer zweijährigen Sanierungsphase wieder nutzen zu können. Die Kohl-Regierung hat dies negiert und bereits per 31. 10. 1990 die Einrichtung „Palast der Republik“ aufgelöst. Eine Beschlussfassung des Deutschen Bundestages gab es dazu nicht.

- Die Parteibeschlüsse der Berliner CDU zum Palastabbriss aus dem Jahre 1993 waren illegal, weil der PdR Eigentum des Bundes und nicht der Stadt Berlin war und ist.
- Bestrebungen und Forderungen nach Denkmalschutz wurden von den politisch Verantwortlichen bewusst und mit Absicht hintertrieben und zunichte gemacht.
- Ehemalige sogenannte „Bürgerrechtler“ der DDR und „Oppositionelle“ sowie andere Politiker haben als Bundestagsabgeordnete in der Debatte des Bundestages gravierende Unwahrheiten über den Palast der Republik verbreitet und da mit einer verantwortungsbewussten Entscheidungsfindung bewusst verhindert.
- Eine ernsthafte Prüfung zur Nutzung des Gebäudes unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen erfolgte nach der Schließung nicht.
- Am 19. Januar 2006 wurde im Deutschen Bundestag der Abriss des Palastes der Republik beschlossen. Das war ein formeller Akt, gedacht für die Öffentlichkeit. Durch den Berliner Senat wurden die rechtsverbindlichen Verträge zum Palastabbriss bereits am 2. Januar 2006 unterzeichnet.

Wir meinen:

Politiker, die Volkspaläste auf dem Berliner Schlossplatz und Anderswo entsorgen, mehrheitliche Bevölkerungsmeinungen negieren, das Grundgesetz und den Einigungsvertrag missachten sind und bleiben genau so unglaubwürdig wie ihre Beschlüsse.

Wachsamkeit, Widerstand und Protest sind geboten.

Es reicht!

Information zu den Abrisskosten Palast der Republik und mehr

Zur Problematik der Abrisskosten gibt es ein ziemliches Verwirrspiel in der Öffentlichkeit. Das Thema wird von Politikern, aber auch von den Medien ungern behandelt.

Entsprechende Informationen vom 17. Jan. 2009 im Internet, die sich auf ein internes Schreiben des Bundesbauministeriums an den Haushaltsausschuss im Bundestag beziehen, betrogen die Gesamtabrisskosten für den Palast der Republik **119 Mio. €**

Diese Summe schlüsselt sich wie folgt auf:

80, 338 Mio. € „Asbestsanierung“

6, 507 Mio. € Honorare für „Sonderfachleute“

12, 000 Mio. € eigentliche Abrisskosten

18, 170 Mio. € Zusatzkosten wegen erneuter Asbestfunde

1, 550 Mio. € „Baunebenkosten“

Gesamt also 118, 577 Mio. €

Geplant waren ursprünglich 80 Mio. Gesamtabrisskosten

Schwedische Firmen hatten Anfang der 1990er Jahre ein Sanierungskonzept vorgestellt nach dem PdR für 40 - 60 Mio. M, also 20 - 30 Mio. €, hätte saniert werden können. Der Gesamtwert des Palastes der Republik wird auf etwa 500 - 700 Mio. Euro geschätzt. Das bedeutet, dass die Bundestagsbeschlüsse zum Palastabbriss einschließlich der Abrisskosten einen finanziellen Gesamtschaden von etwa 620 - 820 Mio. Euro verursacht haben. Es ist beachtlich, dass diese Frage in der Bundestagsdebatte in keiner Weise Beachtung fand.

Deshalb ist die Forderung nach uneingeschränkter Transparenz zu allen Vorgängen, die den Berliner Schlossplatz betreffen - und zwar seit 1990 berechtigt!